

**Herr Bruno Gallati  
Landratspräsident  
Rathaus  
CH-8750 Glarus**



**Sozialdemokratische Partei  
Landratsfraktion**

## **Istanbul-Konvention**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Diesbach,  
6. Dezember 2018

Die eidgenössischen Räte haben im Mai 2017 die Ratifizierung der Europarats-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt von 2011, die sogenannte Istanbul-Konvention, genehmigt. Die Schweiz erfüllt grundsätzlich die gesetzlichen Vorgaben ausser in jenen Bereichen, in denen sie Vorbehalte angebracht hat. Dennoch wurde in der Debatte darauf hingewiesen, dass es im Bereich Gewalt gegen Frauen und Opfer von häuslicher Gewalt noch einiges zu tun gäbe. Wir bitten daher in diesem Zusammenhang den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

**Sozialdemokratische Partei  
des Kantons Glarus  
Landratsfraktion**

**Parteipräsident  
Jacques Marti  
Feld 9  
8777 Diesbach**

**[www.spglarus.ch](http://www.spglarus.ch)**

1. Welche Stellen sind innerhalb der Verwaltung für das Thema „Gewalt gegen Frauen und Opfer von häuslicher Gewalt“ zuständig? Wo sind diese Stellen angesiedelt, was sind deren Aufgaben und um wieviel Stellenprozente handelt es sich?
2. Die detaillierte Konvention beinhaltet eine Reihe von sehr konkreten Massnahmen wie beispielsweise die Bereitstellung von genügend Zufluchtsorten für von Gewalt betroffenen Frauen, Angebote für von Gewalt betroffenen Flüchtlingsfrauen, eine telefonische Hotline oder Beratungsstellen für Kinder, die Zeugen von häuslicher Gewalt geworden sind. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Kanton Glarus diese Vorgaben genügend erfüllen kann? Wenn ja, inwiefern?
3. Sind zusätzliche Massnahmen geplant? Wenn ja, welche? Wenn Nein, bitten wir um eine Begründung, warum darauf verzichtet wird.
4. Wurden jene Stellen, die mit Opfern von häuslicher Gewalt oder mit gewaltbetroffenen Frauen zu tun haben (Gleichstellungsbüros, Polizei, Justiz, Soziale Dienste usw.) zum Thema Istanbul-Konvention geschult und ausgebildet? Wenn nein, ist dies noch geplant? Werden Gewaltdelikte gegen Frauen statistisch erfasst und ausgewiesen?
5. Wie viele aufenthaltsrechtliche Härtefälle sind in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt eingegangen? Wie viele davon wurden abgelehnt, wie viele als Härtefälle anerkannt? Wir bitten um eine Zusammenstellung der Anzahl Fälle in den letzten fünf Jahren.
6. Laut Angaben von Transgender Network Switzerland sind Transmenschen häufig von Gewalt und Übergriffen betroffen. Sind diese Übergriffe statistisch ausgewiesen? Gibt es Angebote für betroffene Transmenschen? Sind die zuständigen Stellen auf diese Problematik sensibilisiert?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen und verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung.

Im Namen der SP-Fraktion

Sarah Küng Hefti  
Landrätin

*Sarah Küng Hefti*

Christian Büttiker  
Fraktionspräsident

*Büttiker*

